



2011/21 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2011/21/aufstand-der-empoerten>

Über die Proteste der jungen Prekären in Spanien

Aufstand der Empörten

Von **Gaston Kirsche**

In Spanien protestieren junge Menschen gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen und gegen den Umgang der Regierung mit der Wirtschaftskrise. Bei den Regionalwahlen hat sich gezeigt, dass nicht nur Jugendliche mit der Krisenpolitik der Sozialisten unzufrieden sind.

Sie nennen sich indignados – die Empörten. Es handelt sich um prekär lebende Jugendliche, die in diesen Wochen Zeltlager auf zentralen Plätzen in mehr als 60 spanischen Städten errichtet haben. »Bewege dich, das ist der Anfang«, heißt es auf einem großen Transparent auf der Plaza de la Encarnación in Sevilla. In Málaga wird gefordert, die Verantwortlichen der Wirtschaftskrise sollten für deren Kosten aufkommen. An der Puerta del Sol, dem bekanntesten Platz Madrids, hat sich unter großen Planen ein selbstorganisiertes Zeltcamp gebildet. Am Rande des Platzes stehen Mülltonnen und Infostände, es gibt eine Essens- und Getränkeausgabe, eine Küche und Toiletten. Organisiert wird alles von Komitees, die für diesen Protest gegründet wurden. Im Mittelpunkt der Debatten stehen die Kritik an der Sparpolitik der Regierung von José Luís Rodríguez Zapatero sowie konkrete sozialpolitische Forderungen. Am Montag wurde beschlossen, das Protestcamp mindestens noch eine Woche fortzusetzen und auch in anderen Stadtteilen zu demonstrieren. In Barcelona soll das Camp bis in den Juni hinein fortgesetzt werden.

Die Bewegung, die sich unter dem Motto »Reale Demokratie – Jetzt!« zusammengefunden hat, entstand vor dreieinhalb Monaten und ist unabhängig von Parteien und Gewerkschaften. Alles begann mit Diskussionen an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Universität Complutense in Madrid. »Wir haben eine schwarze Zukunft vor uns, mit wertlosen Universitätsabschlüssen und ohne Zugang zum Arbeitsmarkt«, sagte der Student Olmo Masa im April der Zeitung El País, die damals als einziges größeres Blatt darüber berichtete. Am Rande der ersten Demonstration der neuen Jugendbewegung am 5. April befragte El País die Teilnehmenden. Viele berichteten, sie hätten einen Abschluss und würden bis zu 12 Stunden am Tag für höchstens 1 000 Euro brutto im Monat arbeiten. Die meisten wohnen noch bei ihren Eltern, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten

können. Diese Situation ist nicht neu. Der deregulierte Arbeitsmarkt und das große Ausmaß an Zeitarbeit sind in Spanien schon längst Realität. Bereits 2004 hatte über die Hälfte der Lohnabhängigen unter 29 Jahren einen Zeitvertrag.

Die Wirtschaftskrise sorgte im Jahr 2008 für den Zusammenbruch der aufgeblähten spanische Immobilienblase. Zuvor war viel gebaut und zu rasant steigenden Preisen teuer verkauft worden. In Spanien gibt es kaum Mietwohnungen, sondern fast nur Eigentumswohnungen. Nach 2008 sind die Immobilienpreise zwar gesunken, aber wer keine feste Arbeit hat, kann sich nichts kaufen. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 21 Prozent. Die Hälfte der spanischen Arbeitslosen ist jünger als 34 Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Vor einem Jahr begann die sozialdemokratische Regierung unter dem Druck der EU und der Finanzmärkte mit einer Sparpolitik, die soziale Einschnitte und gleichzeitig Entlastungen für Unternehmen vorsieht. Nun müssen Spanierinnen und Spanier länger für ihre Rente arbeiten gehen. Die Renten wurden ebenso gekürzt wie der Lohn der Staatsbediensteten. Die großen sozialdemokratischen Gewerkschaften UGT und CCOO haben mit einem symbolischen, eintägigen Generalstreik dagegen protestiert, aber mittlerweile die Heraufsetzung des Rentenalters und die Einschränkung des Kündigungsschutzes akzeptiert.

Die Kritik der Protestierenden beschränkt sich aber nicht auf die Politik der spanischen Regierung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Wie auch die Kommunal- und Regionalwahlen am vergangenen Sonntag zeigten, kommt bei den Protesten die allgemeine Unzufriedenheit mit den Parteien zum Ausdruck. Die sozialdemokratische Partei PSOE musste eine Niederlage hinnehmen, die in den Medien als »historisch« bezeichnet wurde, und kam auf 27,8 Prozent der Wählerstimmen.

Im vergangenen Jahrzehnt haben Korruptionsfälle bei den beiden großen Parteien, dem PSOE und dem konservativen PP, stark zugenommen. Der eigentliche Skandal war für viele Spanierinnen und Spanier aber der Umgang der Parteien mit diesen Fällen. Bei den Kommunalwahlen standen 260 Personen auf den Listen, die entweder bereits rechtskräftig wegen Korruption verurteilt oder angeklagt sind. Zurückgetreten ist deswegen niemand. Die neue Bewegung legt Wert darauf, keine Anführer zu haben, doch schon im April trat der 26jährige erwerbslose Anwalt Fabio Gándara als Sprecher der Protestierenden auf. Er sagte, der Protest sei offen für alle, die unter der Krise litten, und kündigte die Großdemonstration vom 15. Mai an. Mehr als 400 Gruppen schlossen sich dann zur Plattform »Reale Demokratie - Jetzt!« zusammen, unter anderem Attac, die große Umweltorganisation Ecologistas en Acción und der landesweite Zusammenschluss der Arbeitslosen. Über Facebook und Twitter wurden schnell Treffen in zahlreichen spanischen Städten organisiert. Es wurde ein Manifest verfasst, in dem zu einer »ethischen Revolution« aufgerufen wird. Vom Kapitalismus wird darin eher geschwiegen, dafür wird die »Korruption unter Politikern, Geschäftsleuten und Bankern« kritisiert.

Bei den Demonstrationen am 15. Mai gingen in über 50 Städten insgesamt etwa 150 000 Leute auf die Straße. Die Slogans der Demonstrierenden richteten sich gegen die unsozialen Reformen und gegen Regierungen, die sich »in den Händen von Bankern« befänden. Gefordert wurde das Grundrecht auf bezahlbare Wohnungen, die freie persönliche Entwicklung oder den »Zugang zu den Basisgütern, die für ein gesundes und glückliches Leben notwendig sind«. In einigen Zeitungen wurden die Demonstrierenden

als antisistemas bezeichnet, was auf Deutsch so etwas wie »Autonome« bedeutet. Linksliberale Medien betonten, es habe kleine Gruppen von Autonomen und Linksradi-kalen gegeben, die auf den Demonstrationen Müllcontainer angezündet und Schaufensterscheiben eingeschlagen hätten. In Madrid wurden von der Polizei 24 Teilnehmer verhaftet, die meisten von ihnen, als Polizeieinheiten Sitzblockaden auflösten. Die Repression führte nicht zu der erhoffte Abschreckung. Spontan fanden sich Hunderte Leute zusammen, die das Protestcamp an der Puerta del Sol errichteten. Das Camp wurde zwei Tage später geräumt, aber am selben Abend wieder aufgebaut.

Am Donnerstag beschloss die spanische Wahlaufsichtsbehörde ein Verbot der Demonstrationen und Versammlungen, die für das Wochenende geplant waren. Vor der Wahl müsse es die übliche Pause der Politik »zum Überdenken der Wahlentscheidung« geben, sagte Zapatero. Er versprach aber zugleich, die Polizei würde »mit Bedacht vorgehen« und nicht Versammlungen mit Zwangsmitteln unterbinden. Die Bewegung zog ihren Aufruf zurück, am Wahlwochenende zu demonstrieren. Aber viele Camps wurden aufrechterhalten.

Unter dem Hashtag #spanishrevolution auf Twitter und auf der Website spanishrevolution.eu kann man verfolgen, wie sich die Proteste entwickeln. Über die Zukunft der spanischen Jugendrevolte sagt der Soziologe Antonio Alaminos von der Universität Alicante: »Die jungen Spanier und viele Europäer zeichnen sich dadurch aus, dass sie wie ihre Eltern leben wollen, in einer kapitalistischen Konsumwelt. Nicht sie wollen dies beenden, es ist der Kapitalismus, der mit ihnen bricht.«